



AMNESTY JOURNAL SEPTEMBER 2007

EDITORIAL

Editorial

Kostbar und unverzichtbar

Der Mord an dem türkischen Journalisten Hrant Dink hatte Anfang des Jahres weltweit Empörung und Entsetzen ausgelöst (amnesty journal 02/2007). Doch bis heute ist geflissentlich über die Frage hinweg gegangen worden, ob der jugendliche Mörder wirklich nur aus eigenem Antrieb gehandelt hat – oder ob es, wie ai vermutet, Hintermänner gab. Straflosigkeit ist aber nicht nur ein Problem in der Türkei. Der Ermordung von Anna Politkowskaja gingen eine Reihe von Journalistenmorden in Russland voraus, die weithin unbeachtet blieben. Keiner wurde jemals aufgeklärt, keiner der Täter zur Rechenschaft gezogen. Internationale Appelle von NGOs und Journalistenorganisationen blieben trotz eifertiger Beteuerungen von Präsident Putin folgenlos.

Bei der vorherrschenden Straflosigkeit spielt auch fehlender Druck von außen eine Rolle: So forderten Reporter ohne Grenzen und ai die UNO auf, eine unabhängige Untersuchung des Mordes an Anna Politkowskaja zu veranlassen. Die Forderung blieb unbeantwortet. Im Zeitalter der Globalisierung und des Terrorismus wird das Grund- und Menschenrecht der Meinungsfreiheit zunehmend in Frage gestellt, beschnitten und unterdrückt. Unerschrockene und kritische Berichterstatter werden bedroht, schikaniert, verhaftet, angeklagt, zu Gefängnisstrafen verurteilt, ihre Texte zensiert, Zeitungen und andere Medien verboten. Die gewaltsame Tötung ist die ultimative Methode, unliebsame Berichterstatter mundtot zu machen.

Totalitäre Regime greifen auch nach dem jüngsten Instrument zur Ausübung von Meinungsfreiheit, dem Internet. Online-Journalisten und Blogger werden angeklagt und bestraft, Websites geschlossen. Und selbst in westlichen demokratischen Ländern sind Tendenzen zur Beschneidung der Meinungs- und Informationsfreiheit zu beobachten, die mit der angespannten Sicherheitslage begründet werden.

Dabei ist Meinungsfreiheit ein kostbares Gut und unabdingbare Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie und intakte Rechtsstaatlichkeit. In den freien Ländern muss sie sorgsam gehütet und geschützt, in den unfreien Teilen der Welt weiter eingefordert werden. Dies darf nicht allein von Menschenrechtsorganisationen und Journalistenverbänden ausgehen. Auch die nationale und internationale Politik sollte Meinungsfreiheit zu einem zentralen Anliegen erklären.

Josef Zimmermann ist Sprecher der ai-Themengruppe AutorInnen/JournalistInnen für Meinungsfreiheit.